



ROLAND-BRIEF

Informationen zur Kommunalpolitik

Dezember 2008

Herausgeber: Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Ausgabe 18

Finanzmarktkrise und Kommunen

Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen für die Realwirtschaft werden Auswirkungen auch auf die Städte und Gemeinden haben. Die Krise der Finanzmärkte ist dort am stärksten, wo die internationalen Verflechtungen am intensivsten sind. Angeschlagene Banken können höchstens unzureichend die Liquiditäts- und Kreditversorgung der Wirtschaft sichern. Ausbleibende Investitionen führen zu Wachstums- und Wohlstandsverlusten.

Die Kommunen sind von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf der Einnahmenseite ihrer Haushalte sowie als Träger von Sparkassen und als Kreditnehmer betroffen. Eine ungünstige Ertragslage der Unternehmen wirkt sich auf den Arbeitsmarkt und auf die Einkommen der Beschäftigten negativ aus. Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer folgen solchen Entwicklungen. Während die aktuelle Steuerschätzung vom November 2008 ein Wirtschaftswachstum von 0,2 % zugrunde legt, geht die Bundesbank inzwischen von einem Rückgang der Wirtschaftsentwicklung um 1 % aus. Die Deutsche Bank beurteilt die Auswirkungen noch skeptischer. Neben der Finanzmarktkrise wirkt dabei auch die Abkühlung der Weltkonjunktur. Die Einschätzung des Finanzministeriums wird notgedrungen zu korrigieren sein. Der für den Mai 2009 zu erwartenden Steuerschätzung kommt erhöhte Bedeutung zu.

Die Kommunen sind Träger der Sparkassen. Sie sind von den internationalen Finanzmärkten weiter entfernt und in ihrer Existenz nicht gefährdet. Sie haben insbesondere keine Liquiditätsengpässe, weil sie sich in ihrer Region refinanzieren und daher weniger anfällig gegenüber Verwerfungen am Interbanken- und Finanzmarkt sind. Das schließt Wertberichtigungen im Einzelfall und von untergeordneter Bedeutung nicht aus. Beachtlicher wären Schieflagen von Landesbanken, an denen sie beteiligt sind. Für die sachsen-anhaltischen Sparkassen gibt es in Bezug auf die NordLB aber kaum einen Grund für Besorgnisse.

Der aufgespannte Schirm darf aber nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen.

Die Finanzmarktkrise verteuert die Zinsen für variabel verzinsliche Kredite. Betroffen sind für die Kommunen vor allen Dingen die Kassenkredite, die meistens an den EURIBOR gekoppelt sind. Es wird sich zeigen müssen, ob die Leitzinssenkungen der Notenbanken eine Verteuierung der Kredite und Anschlussfinanzierungen vermeiden können.

Eine sehr wichtige Funktion kommt den Kommunen bei der Bewältigung der Folgen der Finanzmarktkrise zu. Eine qualitativ gute Infrastruktur ist Voraussetzung für das Funktionieren einer modernen Volkswirtschaft. Das gilt für die technische Infrastruktur (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Telekommunikation) wie für die soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit) und auch für kommunale Investitionen selbst. Mit knapp zwei Dritteln stellen die Kommunen den überwiegenden Anteil der öffentlichen Infrastruktur und gaben 2007 20 Mrd. Euro für Investitionen aus. Weitere 20 Mrd. Euro investierten die kommunalen Unternehmen und Zweckverbände in Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, öffentlichen Personennahverkehr sowie Krankenhäuser. Rund 65 % aller kommunalen Baumaßnahmen werden von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden durchgeführt, 22 % entfallen auf die Kreisfreien Städte und 13 % auf die Landkreise.

Vor diesem Hintergrund versteht sich von selbst, dass nur die Kommunen investieren können, die über eine entsprechende finanzielle Leistungsfähigkeit verfügen. Insofern ist die heterogene Finanzkraft der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt zu beachten. Ein wichtiges Mittel, die Folgen der Finanzmarktkrise zu mildern und gleichzeitig die Standortqualität Sachsen-Anhalts zu erhöhen, besteht darin, die kommunale Finanzausstattung weniger leistungsfähiger Kommunen zu verbessern und die Förderprogramme des Bundes und der Länder auch den finanzschwächeren Kommunen nutzbar zu machen. Das gilt insbesondere für das Konjunkturpaket der Bundesregierung, das der hohen Bedeutung der Kommunen für die öffentliche

Infrastruktur und für wirtschaftliches Wachstum durchaus Rechnung trägt.

Angesichts von Konjkturereinbruch und Finanzmarktkrise muss auch das Land Sachsen-Anhalt die Überlegungen zur Absenkung der Verbundquote im Finanzausgleichsgesetz auf den Prüfstand stellen, um die Kofinanzierungsfähigkeit der Kommunen für Förderprogramme und die Möglichkeit eigener Investitionen entscheidend zu verbessern. Das Konjunkturprogramm des Bundes führt durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten und die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen zu Steuerausfällen für die Kommunen von bundesweit jährlich rund einer Milliarde Euro. Wenn das die einzige Reaktion der Politik bliebe, würden die in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Investitionen noch weiter zurückgehen. Die Chancen, die in den Förderprogrammen liegen, gingen dann an Sachsen-Anhalt spurlos über.

RB 18-01

Finanz- und Schuldenreport 2008

Die Bertelsmann-Stiftung hat einen kommunalen Finanz- und Schuldenreport Deutschland 2008 vorgelegt. In dem Ländervergleich haben die Wissenschaftler Martin Junkenheinrich und Gerhard Micosatt für alle Flächenländer die kommunale Haushaltssituation der Kernhaushalte und der Auslagerungen dargestellt. Die Studie kommt zusammenfassend zu folgenden Ergebnissen:

1. **Starke Länderunterschiede in der kommunalen Gesamtverschuldung**

Die deutschen Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände waren Ende 2007 mit durchschnittlich 3.286 je Einwohner verschuldet. Auf Länderebene zeigen sich starke Niveauunterschiede der Verschuldung von 1.957 Euro in Schleswig-Holstein bis 4.619 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Bezieht man die wirtschaftliche Leistungskraft in den Bundesländern ein, die sich maßgeblich in der eigenen Steuerkraft ausdrückt, so ist eine Disparität von 1 : 3,3 festzustellen. Länder, mit einer geringeren Wirtschaftskraft haben die größeren Probleme für eine nachhaltige Haushaltsentwicklung der Kommunen. Innerhalb der Länder fallen die Disparitäten auf lokaler Ebene noch stärker aus. Einzelne Kommunen werden nach Einschätzung der Stiftung von einer fiskalischen „Abwärtsspirale“ bedroht.

2. **Heterogene Schuldenentwicklung in Ost- und Westdeutschland – Demografieeffekte vor allem im Osten**

Zwischen 2000 und 2007 stiegen die kommunalen Schulden bundesweit um 22,7 %. Erst 2007 gingen sie erstmals leicht um 0,8 % zurück. Drei wesentliche Trends sind festzustellen:

- Auffällige Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Gemeinden. Noch 2000 hatten die ostdeutschen Gemeinden im Durchschnitt ein um 54,8 % höheres Verschuldungsniveau als die Westdeutschen. Bis 2007 hat sich dieser Abstand auf 11,1 % reduziert.
- Trotz der günstigen Entwicklung kämpfen die ostdeutschen Kommunen mit dem Demografieeffekt. Während die absolute Verschuldung um 9,5 % abnahm, ist die Pro-Kopfverschuldung nur um 5 % gesunken. Die Schulden verteilen sich auf weniger Köpfe. Dieser Effekt war in Sachsen-Anhalt am deutlichsten ausgeprägt. Deshalb ist der Weg zu einem niedrigeren Verschuldungsniveau in Ostdeutschland wesentlich schwieriger.
- Der Verschuldungsdruck ging stark von den Kassenkrediten aus. Sie nahmen zwischen 2000 und 2007 um 318,7 % auf 376 Euro je Einwohner zu. Hohe Kassenkredite am Jahresende sind ein Zeichen für eine schwer wiegende Finanzkrise, weil unabwiesbare Ausgaben nicht mehr durch laufende Einnahmen gedeckt werden können. Sie konzentrieren sich vor allem auf die Kreisfreien bzw. auf die großen kreisangehörigen Städte und stellen damit eine Gefahr für die Funktionstüchtigkeit mancher Ballungkerne und Wirtschaftszentren dar.

3. **Fragmentierung der Haushalte wird an den Schulden überdeutlich**

Die Auslagerung von Aktivitäten in Eigenbetriebe, Zweckverbände, kommunale Unternehmen oder ähnliche Einrichtungen hat als Nebeneffekt zur Folge, dass auch die Schulden dieser Einrichtungen aus dem kommunalen Budget verschwinden. Ihr Anteil liegt bei über 50 %, im Osten sogar bei 64,2 %. Die Ost-West-Differenz ist auf die kommunale Wohnungswirtschaft zurückzuführen. Deren starkes Gewicht erhöht aber auch das Schuldenniveau in Ostdeutschland generell vor dem Hintergrund des fortschreitenden Bevölkerungsrückgangs. Im Gegensatz zu den kommunalen Kassenkrediten stehen den fundierten Schulden der Kernhaushalte und Auslagerungen Vermögenswerte gegenüber.

4. **Kommunale Haushaltssituation**

Die Schere zwischen arm und reich vergrößert sich. Die positiven Jahresüberschüsse für die Jahre 2006 und 2007 verdecken zweierlei:

- Die höchsten Überschüsse werden in Bundesländern erzielt, in denen die Kommunen fast keine Kassenkredite aufweisen, nämlich Baden-Württemberg und Bayern sowie Sachsen und Thüringen.
- Problematisch sieht es dagegen in den Bundesländern mit den höchsten Kassenkreditbe-

ständen aus. Genannt werden hier Rheinland-Pfalz, Saarland und Nordrhein-Westfalen, weil – wie in Sachsen-Anhalt – sich die Kassenkredite weiter erhöht haben.

Resümierend stellt die Untersuchung fest, dass es eine Spaltung der kommunalen Finanzlage nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch innerhalb der Bundesländer gibt. Es besteht die Gefahr, dass ganze Regionen von einer positiven Entwicklung abgekoppelt werden. Bisher habe der Verkauf kommunalen Vermögens größere Defizite verhindern können. Der Verkauf des „Tafelsilbers“ findet aber irgendwann ein natürliches Ende. Eine Dauerstrategie zur Haushaltskonsolidierung kann darauf nicht aufgebaut werden.

RB 18-02 → www.bertelsmann-stiftung.de

Kommune des Jahres 2008

Die **Stadt Landsberg**, Saalekreis, ist „Kommune des Jahres“ in Sachsen-Anhalt. Das hohe Maß an Eigeninitiative bei der Ansiedlung von Gewerbe und eine gezielte Wirtschaftsförderung bei kurzen Genehmigungszeiten waren für diese Auszeichnung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes ausschlaggebend. 250 Firmen mit 2.500 Arbeitsplätzen wurden geschaffen. Bürgermeister Olaf Heinrich nahm den Preis für diese Leistung entgegen.

Den Sonderpreis der SUPERillu erhielt die **Gemeinde Ummendorf**, Landkreis Börde, die als Musterbeispiel für gemeinschaftliches Engagement ausgezeichnet wurde. Das Bördedorf hat 1000 Einwohner, aber 30 Vereine mit 2000 Mitgliedern. 45 Firmen mit 400 Arbeitsplätzen im Ort ermöglichen es auch jungen Ummendorfern nach der Ausbildung in der Heimat Arbeit zu finden. Bürgermeister Reinhard Falke wurde der Sonderpreis überreicht. Bereits 2004 war Ummendorf zum schönsten Dorf Europas gekürt worden.

In der Kategorie „Vereine“ wurde der **Motorsportclub Teutschenthal e.V.** Landessieger in Sachsen-Anhalt. Der Vorsitzende des Vereins, Joachim Jahnke, nahm den Preis für den Betrieb der einzigartigen Motocross-Rennstrecke mit Weltmeisterschaftsläufen vor bis zu 35.000 Zuschauern entgegen.

Unternehmen des Jahres in Sachsen-Anhalt wurde die **Mühlschlegel-Gruppe**. Das Unternehmen mit Sitz in Weickelsdorf, Burgenlandkreis, ist seit 1465 in Familienbesitz und betreibt eine der modernsten Getreidemöhlen Europas. In diesem Jahr werden rund 100.000 Tonnen Getreide, das entspricht 3850 Lkw-Ladungen, verarbeitet. Die Auszeichnung nahmen die Geschäftsführer sowie die Prokuristin des Unternehmens entgegen.

RB 18-03 → www.osv-online.de

Erfolgreichen Stadtumbau Ost verlängern

Bundesbauminister Tiefensee hat dafür votiert, das Programm „Stadtumbau Ost“ zu verlängern. Dafür spricht die bisherige Bilanz. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) haben festgestellt, dass mit dem Programm bis 2007 der Abriss von 221.000 Wohnungen gefördert wurde. Standen 2002 bei den beteiligten Wohnungsbaununternehmen noch 17,2 % ihrer Wohnungen leer, sank die Quote innerhalb von fünf Jahren auf 12 %. Trotz der Erfolge beim Stadtumbau seien auch in den kommenden Jahren infolge des fortschreitenden Bevölkerungsrückgangs sowie der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Lage weiter erhebliche Leerstände von Wohnungen und Gewerbeflächen zu erwarten. Ohne weiteren Abriss würde der Leerstand von 780.000 Wohnungen im Jahr 2007 voraussichtlich auf 1,42 Mio. Wohnungen im Jahr 2020 ansteigen. Insgesamt sind 390 Kommunen am Programm „Stadtumbau Ost“ beteiligt.

Für Sachsen-Anhalt wird von entscheidender Bedeutung sein, ob der von den Städten und Gemeinden zu finanzierende Eigenanteil von einem Drittel der Kosten der Aufwertungsmaßnahmen in den betroffenen Stadtgebieten aufgebracht werden kann. Gerade Städte, die von Leerstand und Wegzug betroffen sind, können wegen fehlender Eigenmittel die bereitstehenden Fördermittel nicht in Anspruch nehmen. Damit die Förderung gerade dort, wo sie am dringendsten eingesetzt werden sollte, ankommt, muss der Eigenanteil deutlich gesenkt werden. Mit einer verbesserten Finanzausstattung dürfte nach der Mittelfristen Planung des Landes nicht zu rechnen sein.

RB 18-04

Eisenbahnfernverkehr; SGSA koordiniert ein Städtetz von Merseburg bis Lichtenfels

Wie kein anderes vergleichbares Bundesland war Sachsen-Anhalt seit der Wende 1990 „Baustelle“ für den Eisenbahn-Fernverkehr der Deutschen Bahn AG. Die beiden großen Fernbahnprojekte Berlin – Hannover und Berlin – Leipzig – München haben in den letzten beiden Jahrzehnten Planungen und Entwicklungen im Land bestimmt. Während die Strecke Berlin – Hannover gerade ihr 10. Jähriges Jubiläum feierte und auch die Bauarbeiten von Berlin nach Leipzig und Halle weitgehend abgeschlossen sind, liefen die Bauarbeiten zwischen Leipzig/Halle – Erfurt und Nürnberg seit 1999 mit gedrosseltem Tempo. Jetzt aber werden sie beschleunigt und in den Jahren 2016 und 2017 ist mit der Fertigstellung des Bahnprojektes zu rechnen.

Keine Frage, für Sachsen-Anhalt bedeutet das einen Quantensprung für die Verbindung nach Süddeutschland. Die schöne Schnellbahn hat für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bayern aber auch eine Schattenseite. Noch fahren die Züge nach Süden über Weißenfels,

Naumburg, Jena, Saalfeld und Lichtenfels und die Züge von Dresden nach Frankfurt über Weimar. Wenn aber erst einmal die Hochgeschwindigkeitsstrecke fertig gestellt ist, droht den Städten die Abkopplung vom Eisenbahn-Fernverkehr.

Das ist keineswegs nur eine theoretische Möglichkeit, sondern eine Entwicklung, die die Oberzentren Magdeburg und Dessau-Roßlau bereits schmerzhaft erfahren haben. Seit Fertigstellung der Eisenbahn-Schnellstrecke Berlin – Leipzig ist Dessau vom Fernverkehr abgehängt. Und selbst die Landeshauptstadt Magdeburg hat nur noch einen zweiklassigen IC-Verkehr, seit die ICEs über die Schnellstrecke Berlin – Hannover an Stendal vorbei fahren. „Magdeburg-Syndrom“ nannte kürzlich der Fahrgast-Verband „probahn“ den Zustand auf vielen Eisenbahn-Fernstrecken Deutschlands.

Dem wollten die Städte Merseburg, Weißenfels und Naumburg aus Sachsen-Anhalt nicht tatenlos entgegen sehen. Gemeinsam mit den thüringischen Städten Weimar, Jena und Saalfeld und den Städten Kronach und Lichtenfels in Bayern haben sie ein „Städtenetz“ vereinbart, das auf die drohende Verschlechterung der Infrastruktur hinweisen soll und gemeinsam nach Lösungen forscht. Auch die Stadt Köthen hat ihre Unterstützung zugesagt.

Die Ministerien aus München und Magdeburg haben zwischenzeitlich geantwortet, auf die Antworten aus Thüringen und vom Bundesverkehrsminister wartet der SGSA noch, der für die Städte ein Städtenetz koordiniert. Am 5. November 2008 fand ein erstes Treffen der Bürgermeister und Oberbürgermeister in Jena statt, bei dem der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter zum Sprecher des Städtenetzes bestimmt wurde. Der SGSA soll die Geschäftsführung weiterführen.

Gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat der SGSA zudem die Aktion „Bahn in der Region“ gestartet, in dem auf die Probleme der Mittelstädte mit dem Eisenbahn-Fernverkehr hingewiesen wird. Das Thema ist also auch auf der Agenda in Berlin. Abwarten, ob nach dem „Bedien-Zuschlag“ auch wir bedient werden oder ob wir dann bedient sind.

RB 18-05

Koordinierungsstelle für Ärzte (KOSTA)

Die Koordinierungsstelle für die Weiterbildung zum Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin (KOSTA) informiert Studenten und Absolventen der Universitäten über Möglichkeiten und Inhalte einer Weiterbildung zum Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin. Sie berät und unterstützt die Ärzte bei der Planung der 5-jährigen Weiterbildung zum Facharzt in Sachsen-Anhalt und begleitet sie während ihrer gesamten Weiterbildungszeit. Nicht zuletzt informiert KOSTA in

Zusammenarbeit mit der kassenärztlichen Vereinigung über freie Facharztsitze für eine Niederlassung als Hausarzt in Sachsen-Anhalt.

Der Vorsitzende des Hausärzteverbandes hat darauf hingewiesen, dass in den nächsten 5 Jahren in Sachsen-Anhalt voraussichtlich rd. 250 Praxen schließen werden, in denen Hausärzte tätig sind. Pro Jahrgang werden in Sachsen-Anhalt rd. 30 neue Hausärzte ausgebildet.

RB 18-06 → www.aeksa.de/10arzt/30weiterbildung/030koordinierungsstelle

Pfiff

Das Portal für interessierte flexible Fachkräfte bietet Stellenanzeigen aus Sachsen-Anhalt für registrierte Fachkräfte und online-Bewerbungen. Unternehmen können Anzeigen aufgeben und verwalten und mit Fachkräften Kontakt aufnehmen. Aktuelle Beispiele erfolgreich vermittelt Fachkräfte, Tipps und ein Newsletter runden das öffentlich geförderte Internetangebot ab. Seit April bietet das Portal für heimische Unternehmen und Fachkräfte eine nutzenswerte Börsenfunktion erfolgreich an.

RB 18-07 → www.pfiff-sachsen-anhalt.de

Weihnachtsgruß

Wir wünschen allen Mitgliedern, den ehrenamtlich Tätigen sowie den Partnern der Kommunen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2009. Wir werden uns auch im neuen Jahr für die Entwicklung des Landes aus der Sicht der Städte und Gemeinden einsetzen.

Zitat am Ende

„Wir haben uns angewöhnt, aus viel Reichtum recht wenig Glück zu machen. Können wir auch, umgekehrt, aus weniger Reichtum mehr Glück schlagen?“ (Bernd Ulrich, Deutsch, aber glücklich, S. 138 f.)

Impressum:

SGSA, Sternstraße 3, 39104 Magdeburg
Verantwortlich:
Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel



Sie können den Roland-Brief als Newsletter abonnieren unter www.komsanet.de (SGSA, Informationen).